



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

Landesverband Sozialpsychiatrie
 Mecklenburg-Vorpommern e.V.
 Karsten Giertz, Geschäftsführer
 Carl-Hopp-Str. 19a
 18069 Rostock

Schwerin, den 07. September 2021

vorab per Email an: Karsten.Giertz@sozialpsychiatrie-mv.de

Wahlprüfsteine 2021 des Landesverbandes Sozialpsychiatrie M.-V. e.V.

Ihr Schreiben vom 06.07.2021

Sehr geehrter Herr Giertz,
 sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 06. Juli 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitere Fragen haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

1.1. Welche Rolle nimmt das Thema psychische Gesundheit in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern ein?

1.2. Welche konkreten sozial- oder gesundheitspolitischen Initiativen sind Ihrerseits geplant, um sowohl präventive Maßnahmen hinsichtlich der Förderung von psychischer Gesundheit als auch Bedarfsanalysen hinsichtlich der Unterstützungsnetzwerke und den Zugang zu bestehenden Unterstützungsangeboten in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen?

Wir Freie Demokraten wollen das Thema psychische Gesundheit stärker ins Blickfeld der Gesundheitspolitik rücken. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern sehen wir großen Nachholbedarf bei Ausbau flächendeckender Versorgungsstrukturen insbesondere im ambulanten Bereich. Deshalb

wollen wir mit gezielten Maßnahmen die Wartezeiten auf einen Therapieplatz reduzieren, den Ausbau von Therapieplätzen fördern, Prävention und Aufklärung stärken sowie die Ausbildung der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiterentwickeln. Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollen wir deutlich erhöhen.

2.1. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um Menschen mit einer Psychiatrieerfahrung derartige Beteiligungschancen zu eröffnen?

2.2. Inwiefern haben Sie den Abbau von gesellschaftlicher Stigmatisierung in Ihrer Sozialpolitik mit aufgenommen?

Psychische Erkrankungen betreffen alle Bevölkerungsgruppen von der Kindheit bis ins hohe Erwachsenenalter. Um Stigmatisierungen vorzubeugen, setzen wir auf Aufklärungskampagnen und eine gute Zusammenarbeit mit Betroffenenverbänden, Fachverbänden von Therapeutinnen und Therapeuten und den Kostenträgern.

3.1. Welche Handlungsbedarfe sehen Sie bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern und wie wollen Sie sich programmatisch in der Landespolitik damit einbringen?

3.2. Welche gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen planen Sie für eine bedarfsgerechte, personenzentrierte psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern?

Generell schließt die UN-Behindertenrechtskonvention gesetzliche Regelungen zur Psychiatrie nicht aus. Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen möglichst frei und selbstbestimmt leben können. Für eine bessere Personalausstattung und damit auch für eine bessere Patientenversorgung wollen wir mehr Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie schaffen.

4.1. Welche Rolle spielt die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Ihrer Sozialpolitik?

4.2. Gibt es politische Initiativen von Ihrer Seite, die eine einheitliche Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Mecklenburg-Vorpommern fördern?

4.3. Wie sorgen Sie in Ihrer Sozialpolitik für die Beachtung der besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen im konkreten Umsetzungsprozess in Mecklenburg-Vorpommern?

Wir Freie Demokraten stehen dafür, dass Menschen mit Beeinträchtigungen selbstbestimmt ihr Leben gestalten können und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten.

Dabei setzen wir auf innovative, praktikable und lebensnahe Lösungen. Dazu brauchen wir einzelfallbezogene Angebote. Digitale Technologien bieten neue Chancen, Barrieren für Menschen mit Beeinträchtigungen zu überwinden. Deshalb wollen wir die Entwicklung von Assistenzsystemen und die Stärkung digitaler Kompetenzen fördern.

5.1. Gibt es in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik Initiativen, um die sehr starke fragmentierte Versorgung von Kinder- und Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen in Mecklenburg-Vorpommern hin zu mehr Flexibilität zu verbessern?

5.2. Inwiefern unterstützt Ihre Politik aktiv die Entwicklung von neuen Unterstützungsangeboten und die Weiterentwicklung von bestehenden Unterstützungsangeboten für Kinder- und Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen?

Schulpsychologische Beratungsangebote wollen wir ausbauen. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen an jeder Schule verfügbar sein. Schließlich fordern wir eine bundesweite Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen, denn die psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe.

6.1. Wird das Thema psychische Gesundheit und Arbeit in Ihrer Politik aufgeworfen?

6.2. Gibt es bei Ihnen konkrete Initiativen, die präventive Maßnahmen zur psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz unterstützen?

6.3. Werden die Gesundheits- und Sozialberufe in Ihrer politischen Agenda insgesamt berücksichtigt und damit deren gesellschaftliche Relevanz auch außerhalb von Pandemie und Krisenzeiten notwendigerweise aufgewertet?

Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine zielgerichtete und wirksame Präventions- und Hilfsarbeit ein, die regelmäßig evaluiert werden soll. Gerade in der Pandemie haben wir eine Zunahme an psychischen Erkrankungen beobachten können, insbesondere durch die soziale Isolierung. Diese Arbeit kann natürlich auch von Verbänden und Selbsthilfevereinen geleistet werden. Pauschale Zuweisungen an einzelne Verbände ohne konkrete Zielvorgaben lehnen wir allerdings ab. Gesundheits- und Sozialberufe leisten einen wichtigen Beitrag zur Daseinsfürsorge und werden entsprechend von uns wertgeschätzt. Durch die Pandemie sind die Probleme der Branche zusätzlich in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit gerückt, was die Lösung der bestehenden Probleme beschleunigt.

7.1. Inwiefern findet die Evaluation und Weiterentwicklung des Psychiatrieplanes Stellenwert in Ihrer Sozial- und Gesundheitspolitik?

7.2. Wie bewerten Sie die Verortung von Themenstellungen mit ministeriell übergreifendem Charakter bzw. welche Lösungen sehen sie dafür in einer zeitgemäßen Landesverwaltung?

Durch die Förderung von psychischer Gesundheit und Prävention wird die Gesellschaft sensibilisiert und Einzelnen kann schnell geholfen werden. Wie ausgeführt sprechen wir uns für mehr Personal aus und wollen dieses durch mehr eigene Ausbildung gewinnen.

Psychische Gesundheit sehen wir prinzipiell im Ressort des Gesundheitsministers aufgehoben. Spätestens die Pandemie hat allerdings gezeigt, dass die Zusammenlegung der Ressorts Wirtschaft und Gesundheit in einem Ministerium nicht unbedingt von Vorteil ist.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin